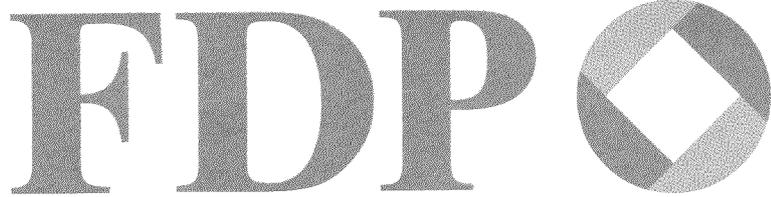


10065



## Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

**Herausgeberin/Redaktion**  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz  
Postfach 6136  
3001 Bern  
Telefon 031 320 35 35  
Fax 031 320 35 00  
E-Mail info@fdp.ch  
Internet www.fdp.ch

**Inserate**  
TrisCom-Media AG  
Bündtenstrasse 10  
4410 Liestal  
Telefon 061 926 93 33  
Fax 061 926 93 30  
E-Mail verkauf@triscorm.ch  
Internet www.triscorm.ch

**Layout/Druck**  
NZZ Print  
Postfach 8021 Zürich  
Telefon 044 258 18 94  
Fax 044 258 18 99  
ISDN 044 773 11 15  
E-Mail print@nzz.ch  
Internet www.nzzprint.ch

Herr  
 Maier, Franz Georg  
 Direktor Schweiz, Landesbibliothek  
 Hallwylstrasse 15  
 3003 Bern  
 AZB  
 3001 Bern

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

27. Jahrgang, Erscheint monatlich.

### Inhalt

**50 Jahre «Baselbieter Post»**  
Traditionsblatt feiert Geburtstag. **4**



**Freier Personenverkehr**  
Liberales Angestelltenkomitee ist aktiv. **6**



**DV Zürich**  
Starke Forschung und tiefe Steuern. **8**



**KMU-Preis**  
14 Unternehmen ausgezeichnet. **9**



**FDP-Strategie**  
Interview mit Fulvio Pelli. **11**

# Ein überlegtes Ja zum freien Personenverkehr

## Abkommen unter migrationspolitischem Gesichtspunkt

**Es mag erstaunen, dass einer, der immer für die Begrenzung der Einwanderung eingestanden ist, der immer auf das zu hohe Wachstum der Gesamtbevölkerung hingewiesen hat und der sich im Parlament für eine rigorose Verschärfung der Zulassungskriterien im Ausländergesetz stark gemacht hat, sich für die am 25. September zur Abstimmung kommende Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten ausspricht. Ich habe mir diesen Entscheid nicht leicht gemacht und ihn gerade unter migrationspolitischen Aspekten sehr kritisch hinterfragt.**

Von Philipp Müller,  
Nationalrat, Reinach AG



Philipp Müller

Gerade aber die detaillierte Prüfung des «Vorher» und «Nachher», also der Vergleich der bisherigen Ausländerpolitik der Schweiz mit der zukünftigen Politik unter dem Regime des Personenverkehrsabkommens, hat erstaunliche Fakten zu Tage gebracht, die für den freien Personenverkehr mit der Europäischen Union sprechen. Bei einer Ablehnung des freien Personenverkehrs mit den Staaten der EU laufen wir Gefahr, die gleichen Fehler zu wiederholen, die wir schon in den achtziger Jahren gemacht haben.

### Verfügbarkeit war Kriterium

Damals rekrutierten wir viele Arbeitskräfte aus Staaten, die heute nicht zur Europäischen Union gehören. Anstatt die von der Schweiz benötigten Arbeitskräfte in den uns kulturell näher stehenden Staaten

der heutigen EU anzuwerben, holten wir diese in kurz-sichtiger Art und Weise einzig nach den Kriterien der Verfügbarkeit und der Akzeptanz unseres damaligen Saisonierstatutes ins Land. Die berufliche Qualifikation als wichtiges Element einer nachhaltigen Wertschöpfung war höchstens eine marginale Zulassungsvoraussetzung. Dies mit den bekannten Folgen: Zuerst kamen die Arbeitskräfte, dann die zahlreichen Familienangehörigen und später die Kriegsflüchtlinge, die naheliegenderweise dorthin flüchteten, wo viele ihrer Landsleute bereits sesshaft waren. So stieg denn auch die Zahl der in der Schweiz lebenden Ausländer selbst während der rezessiven neunziger Jahre stetig an. Verursacht durch die massive Einwanderung von Personen, deren Integration nicht immer problemlos verlief und die uns noch lange beschäftigen wird, ist die Schweiz an die Grenzen ihrer Integrationskapazität gelangt. Die Schweizer Wirtschaft produziert nicht nur für den

Eigenbedarf, sondern exportiert ihre Güter auch in ganz erheblichem Umfang. Die Rechnung ist einfach: Mit der Binnenwirtschaft erarbeiten wir unsere Existenz, die Exportwirtschaft bringt uns den Wohlstand. Wir werden also immer auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen sein. Die zentrale Frage ist nun, ob wir unsere Migrationspolitik mit dem Personenverkehrsabkommen intelligenter gestalten können und werden, als wir dies in der Vergangenheit getan haben.

### Die drei Fehler der Vergangenheit

Ein Blick in die jüngere Vergangenheit der schweizerischen Migrationspolitik zeigt, dass wir drei wesentliche Fehler gemacht haben. Erstens: Die Herkunft vieler Einwanderer ist unter dem Aspekt der Ausländerintegration problematisch. Zweitens: Zu viele der von uns geholten Arbeitskräfte verfügten über keine oder nur eine ungenügende berufliche Qualifikation. Drit-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

tens: Die enorm hohen Einwanderungszahlen haben zu einer alljährlichen Zunahme der Gesamtbevölkerung in der Grössenordnung einer Stadt wie Luzern geführt.

## Ein Ja stellt Weichen neu

Die migrationspolitische Beurteilung des Personenverkehrsabkommens hat also primär unter dem Gesichtspunkt dieser drei negativen Merkmale der bisherigen Migrationspolitik zu erfolgen. Natürlich können wir auch ohne Personenverkehrsabkommen aus diesen Fehlern lernen und die Weichen richtig stellen. Natürlich kann man die von unserer Wirtschaft benötigten Arbeitskräfte auch ohne dieses Abkommen in den EU-Staaten rekrutieren. Das hätten wir aber auch in den achtziger Jahren tun können und sind trotzdem immer den Weg des geringsten Widerstandes gegangen. Der Ruf nach billigen und vielen Arbeitskräften kam aus allen Branchen und Verbänden. Die Politik war nicht in der Lage, die Partikularinteressen dem Gesamtwohl der Schweiz und einer zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik unterzuordnen. Warum also soll das in Zukunft anders sein? Bezeichnend hierfür ist die laufende Debatte um das neue Ausländergesetz, welches vor allem die Zulassung von Personen von ausserhalb der EU regelt. Es wurden viele Anträge gestellt, welche die Zulassungskriterien für ausländische Arbeitskräfte aufweichen wollten, um auch weiterhin möglichst billige und möglichst viele Arbeits-

kräfte aus Staaten von ausserhalb der EU ins Land holen zu können.

## Können die Fehler korrigiert werden?

Vermag nun aber der freie Personenverkehr mit den EU-Staaten die erwähnten drei hauptsächlichen Migrationsfehler der Vergangenheit positiv zu beeinflussen? Die Auswertung der Zahlenreihen seit dem Inkrafttreten der Freizügigkeit mit der EU-15, aber auch seit der Gleichstellung der ausländischen Arbeitskräfte mit einheimischen Arbeitnehmern (Wegfall des Inländervorrangs) zeigt ein deutliches Bild.

Erstens: Bezüglich der Herkunft der zukünftigen Einwanderer hat das Personenverkehrsabkommen mit der EU-15 die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Der Anteil der EU-Staatsangehörigen an allen Einwanderern ist von 44,6 Prozent im Jahr 2001 auf bereits 57,2 Prozent im Jahr 2004 gestiegen, obwohl die Gesamteinwanderung nicht zugenommen hat. Diese deutliche Kehrtwende wird sich im laufenden Jahr noch verstärken. Damit werden wir auch die Schwierigkeiten bei der Ausländerintegration – wenn nicht sofort, so doch nach und nach – endlich in den Griff bekommen. Immerhin ist zu bedenken, dass die rund 75 Millionen Bürger der zehn neuen EU-Staaten, auf welche die Freizügigkeit ausgedehnt werden soll, zum grossen Teil einer christlichen Glaubensrichtung angehören. Zweitens: Auch bezüglich der früher ungenügenden beruflichen Qualifikation ist ein deutlicher Trendwechsel hin zu erhöhter Qualifika-

tion der einwandernden Arbeitskräfte erkennbar. Damit werden auch die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Einwanderung massiv verbessert: Die höhere Wertschöpfung, die aus der EU einwandernde Personen erarbeiten, führt zu einem entsprechend höheren Steuerertrag. Ein höherer Anteil der Einwanderer wird also inskünftig mehr Steuern bezahlen, als er die Infrastruktur und die Sozialversicherungen bei uns belastet. Das war in der Vergangenheit, insbesondere bei den Heerscharen von ungenügend qualifizierten Arbeitskräften, kaum der Fall.

Drittens: Die Gesamtbevölkerung ist im Jahr 2004 als Folge der Einwanderung einmal mehr stark gewachsen. So lebten Ende des vergangenen Jahres über 54000 Menschen mehr in der Schweiz als Anfang Jahr. Die alljährliche Zunahme in der Grössenordnung einer Stadt wie Luzern ist für unser ohnehin sehr dicht besiedeltes Land auf die Dauer nicht verkraftbar. Auch hier wird die Weichenstellung in Richtung Einwanderung aus den EU-Staaten einen starken Trendwechsel bringen. Seit vielen Jahren einen starken Trendwechsel bringen. Seit vielen Jahren ist der Familiennachzug die mit Abstand grösste Einwandererkategorie. Das Wachstum der schweizerischen Gesamtbevölkerung hängt denn auch hauptsächlich mit dem Familiennachzug zusammen. Bis anhin lag der Anteil des Familiennachzuges an der Gesamteinwanderung bei weit über 40 Prozent. Mit der Verlagerung der Herkunft der Einwanderer ist der Familiennachzugsanteil an der gesamten Einwanderung kontinuierlich gesun-



ken. Im Jahr 2004 lag dieser Wert bei den Einwanderern aus allen 25 EU-Staaten lediglich bei 28,7 Prozent. Je mehr wir also die Herkunft der Einwanderer in Richtung EU steuern, umso geringer wird der Familiennachzug ausfallen, was sich wiederum in einer Trendumkehr beim bis anhin zu starken Bevölkerungswachstum in der Schweiz niederschlagen wird.

## Die Weichen richtig stellen

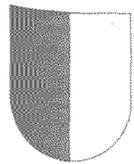
Fazit: Ohne Personenverkehrsabkommen werden wir uns bei der Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften weiterhin dort bedienen, wo die Leute billig und vielfach wenig qualifiziert sind, wo ein hoher Anteil an Familiennachzug zu erwarten ist und wo sie aufgrund ihrer kulturellen Herkunft schwer zu integrieren sind. Die zurückliegenden Jahre und Jahrzehnte ohne freien Personenverkehr mit der EU haben uns die Erfahrung gegenüber den Gesamtinteressen der Schweiz beibringen lassen, dass Branchen- und Verbandsinteressen bevorzugt werden. Auf die kurzfristige Befriedigung von Beschäftigungsspitzen ist mit

absoluter Konstanz immer wieder die Versozialisierung der Nachteile in Form einer steigenden Arbeitslosigkeit erfolgt.

Durch das Personenverkehrsabkommen werden wir die Einwanderung auf Staaten ausrichten müssen, die uns kulturell näher stehen, auf Einwanderer, die der gleichen religiösen Glaubensrichtung angehören, die besser qualifiziert sind, die sich einfacher integrieren lassen und deren Familiennachzugsanteil weit tiefer liegt. Dadurch werden wir die Kehrtwende in der schweizerischen Migrationspolitik zwangsläufig vornehmen müssen. Es mag paradox klingen, aber mit dem freien Personenverkehr werden wir uns inskünftig viele Probleme ersparen. Es geht nicht um die Frage, wie viele Einwanderer kommen werden, es geht um die Frage, woher sie kommen und was sie können, und diesbezüglich zeigen die Zahlenreihen nur schon der beiden letzten Jahre überdeutlich in die richtige Richtung. Wer die Weichen jetzt in der falschen Stellung belässt, verursacht die Wiederholung der gemachten Fehler. ■

## Neue Hoffnung für stellensuchende Jugendliche

**Der Ruf nach griffigen Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist berechtigt. An Worten fehlt es nicht, wohl aber an Taten. 17 SympATEN der FDP des Kantons Luzern engagieren sich deshalb im Rahmen eines Projektes als «Türöffner» für stellensuchende Jugendliche.**



Weder staatliche Programme noch der Befehl der Gewerkschaften an die Wirtschaft helfen, neue Stellen für Jugendliche zu schaffen. Ge-

fragt sind in erster Linie Engagement, Leistungsfähigkeit und Innovation. Um stellenlosen Jugendlichen zu helfen, schöpfte die FDP des Kantons Luzern aus dem grossen Potential von ehemaligen Wirtschaftsleu-

ten sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und gründete das Projekt SympATEN. Wenn früher von «Vitamin B» gesprochen wurde, meinte man dies negativ. Heute redet man lieber von Netzwerken und kann daran nichts Unredliches finden. Genau über diese Netzwerke verfügen die Persönlichkeiten, die das Programm unterstützen. Sie übernehmen eine «Göttfunktion» für Ju-



gendliche in einer schwierigen Lebenssituation. Diese besteht darin, dass die SympATEN aktiv mithelfen, den Jugendlichen den Schritt in die Arbeitswelt zu ermöglichen. Gefragt ist ein

unkomplizierter Umgang zwischen SympATEN einerseits und Stellensuchenden, Arbeitgebern sowie Staat andererseits. ■

## FDP Schweiz International freut sich

*Bundesrat Merz diskutierte den bilateralen Weg direkt mit Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern*

**Die FDP Schweiz International begrüsst den kürzlichen Informationsbesuch von Bundesrat Hans Rudolf Merz beim Schweizer Verein in München. Dieser Perspektivenwechsel bietet die Möglichkeit, mit Direktbetroffenen über die Vorlage zum freien Personenverkehr zu diskutieren und auf die Bedeutung dieser Vorlage für die Fünfte Schweiz aufmerksam zu machen.**

Gerade die im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer haben ein grosses Interesse an einer stabilen Beziehung der Schweiz mit der EU – dafür stehen die bilateralen

Verträge. Insbesondere Schweizerinnen und Schweizer, die im Ausland arbeiten oder studieren wollen, profitieren vom Abkommen über den freien Personenverkehr. Dank den bilateralen Verträgen wird der Zugang zu einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz im EU-Raum unbürokratischer geregelt. Ein Ja am 25. September ist deshalb für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer von besonderem Interesse.

Aus diesem Grund freut sich die FDP Schweiz International darüber, dass bei dieser Abstimmung die Vielzahl von Landsleuten im Ausland berücksichtigt und aktiv in den Informationsprozess einbezogen wird.

Die FDP Schweiz International hofft, dass sich dieser Besuch positiv auf das Abstimmungsresultat auswirken wird und zahlreiche Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer mithelfen werden, diese Abstimmung zu gewinnen. ■

### Tschechen:

**Antonin Dvorak  
Franz Kafka  
Milos Forman  
Milan Kundera  
Sigmund Freud  
Ivan Lendl  
Jaromir Jagr**

# JA

**zum bilateralen Weg  
am 25. September**

**FDP**  
Freiheitliche Demokratische Partei

## 50 Jahre «Baselbieter Post»

### Freisinniges Traditionsblatt feiert Geburtstag

Die «Baselbieter Post» ist eine feste Grösse in der Zeitungslandschaft der Nordwestschweiz. In diesem Jahr kann das Blatt der FDP Baselland seinen 50. Geburtstag feiern. Der «Freisinn» hat sich aus diesem Anlass mit Peter Tobler, dem Präsidenten der FDP Baselland, unterhalten.

Von Nico Zila, Redaktor  
«Schweizer Freisinn»

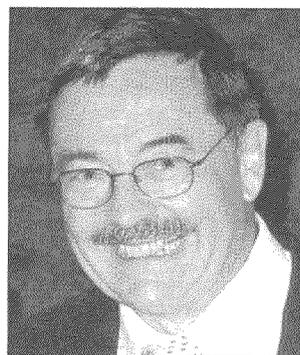


Sechs Mal jährlich erreicht die «Baselbieter Post» seit fünfzig Jahren alle freisinnigen und beachtlich viele andere Briefkästen im Kanton Basel-

Landschaft. «Die Zeitung wird von den allermeisten politisch interessierten und aktiven Baselbieterinnen und Baselbietern gelesen», erzählt Peter Tobler nicht ohne Stolz. Dass das offizielle Organ der FDP Baselland bei weitem nicht nur Freisinnige anspricht, zeigt sich auch an der Auflage von 10 000 Exemplaren.



Iris Zihlmann-Glanzmann



Peter Tobler

Seit ihrem ersten Erscheinen im April 1955 hat die «Baselbieter Post» eine echte freisinnige Erfolgsgeschichte hinter sich. Trotz

immer wieder knappen Parteifinanzien gelang es den Redaktorinnen und Redaktoren, die Zeitung vielseitig zu gestalten, lokalen Inhal-

ten das von der Leserschaft gewünschte Gewicht zu verleihen und die «Baselbieter Post» so als über die Parteigrenzen hinaus geschätztes Blatt zu etablieren. Zur Beliebtheit der Zeitung hat sicher auch die bisweilen durchaus selbstkritische Berichterstattung beigetragen. Karl Weisskopf, Chefredaktor der «Baselbieter Post» in den achtziger Jahren, schrieb dazu in der Jubiläumsausgabe vom April 2005: «Umstrittene Vorlagen haben wir stets kontradiktorisch abgehandelt. Wir wollten die Diskussionen unter Freisinnigen fördern. Wir waren angriffig – was nicht immer goutiert wurde.»

Die Zeitung wird heute von Iris Zihlmann-Glanzmann aus Allschwil BL redaktionell betreut. Der derzeitige Umfang von zwölf bis sechzehn Seiten soll in naher Zukunft noch gesteigert werden. Für Peter Tobler ist deshalb auch eine engere Zusammenarbeit mit dem «Freisinn» denkbar. «Wir wollen mögliche Synergien mit dem «Freisinn» ausloten», meint der Präsident der FDP Baselland. «Gemeinsame Ressourcen sollten genutzt werden, vom Austausch von Artikeln bis vielleicht sogar hin zu einer Integration in das Kopfblatt-System.» Sicher ist aber so oder so, dass die Baselbieter Haushalte auch in Zukunft mit qualitativ hochstehenden Informationen über ihren Kanton aus freisinniger Sicht bedient werden! ■

## Westschweizer Freisinnige wollen hoch hinaus

Von Sébastien Leprat,  
Politischer Sekretär FDP  
Schweiz, Bern

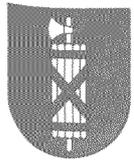
Am 12./13. August zog es die Präsidenten und Sekretäre der Westschweizer Kantonalparteien auf den Gipfel des Sanetsch. Unter der motivierenden Führung von Léonard Bender, Präsident der Walliser FDP und Vizepräsident der FDP Schweiz, standen Teambildung und politische Arbeit unter freiem Himmel auf dem Programm. Eine einmalige Gelegenheit für die Freisinnigen aus der Romandie, sich in anregender Atmosphäre auf die kommenden politischen Herausforderungen vorzubereiten! ■



Die freisinnigen Gipfelstürmer: (v. l. n. r.) Charly Haenny (Präsident FR), Pierre Maudet (Vizepräsident GE), Léonard Bender, Claude-André Fardel (Präsident VD), Véronique Monney (Sekretärin FR), Jean-François Kohler (Präsident JU), Jacqueline de Quattro (Grossrätin VD), Béatrice Devaux-Stilli (Vizepräsidentin BE), Bernard Favre (Sekretär GE), Nicolas Stauer (Sekretär NE), Raphael Comte (Präsident NE), Guido Schommer (Generalsekretär FDP Schweiz).

## St. Gallen

### FDP fordert Steuersenkung für alle



Die FDP des Kantons St. Gallen hat sich im Dezember 2004 aus Überzeugung für die nachfolgenden Verwendungszwecke der Gelder aus den Goldreserven im Kanton St. Gallen ausgesprochen: Abbau der Netto-

verschuldung, Äufnung des Eigenkapitals von gegenwärtig rund 80 Mio. Franken auf knapp 200 Mio. Franken und Bildung einer zweckgebundenen Reserve von knapp 500 Mio. Franken, mit der in den nächsten Jahren Steuersenkungen spürbar und nachhaltig realisiert werden können.

Mit dem Vorschlag der Regierung, ausserordentliche Abschreibungen von 235 Mio. Franken zu tätigen und somit den Kanton faktisch schuldenfrei zu machen, ist die FDP einverstanden. Kein Verständnis hat die FDP dagegen für die Bildung eines besonderen Eigenkapitals ohne Zweckbindung. Damit werden Begehrlichkeiten aus verschiedensten Kreisen geweckt. Kurzum: Die Gefahr ist gross, dass das Geld «verschleudert» wird.

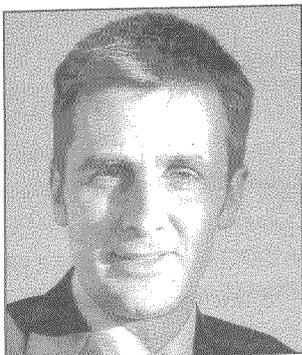
Im Weiteren trägt die FDP des Kantons St. Gallen nicht mit, dass nur einige Kreise von Steuererleichterungen profitieren sollen. Es ist nun an der Zeit, dass alle durch eine moderate Steuerfussenkung entlastet werden. Die FDP fordert, dass der Staatssteuerfuss bereits ab dem Jahr 2006 moderat – in der Grössenordnung von 3% – gesenkt wird. ■

## Genf

### Grosse Arbeit für den Wahlerfolg



Die FDP des Kantons Genf steckt nach über einem Jahr seriöser

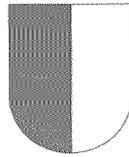


François Longchamp

und gezielter Vorbereitung mitten im Wahlkampf für die Grossratswahlen vom 9. Oktober. Mit 40 für das Amt ausgezeichnet qualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten will sie den bei den Wahlen 2001 auf 11,2% gesunkenen Wähleranteil deutlich verbessern. Am 13. November tritt die FDP dann mit ihrem Präsidenten François Longchamp zu den Wahlen in den Genfer Regierungsrat an, in welchem sie seit 2001 nicht mehr vertreten ist. Die FDP Schweiz wünscht der Genfer FDP den verdienten Erfolg im Wahlherbst! ■

## Luzern

### Ein Ladenhüter verschwindet



Nach 12-jährigem Hin und Her hat es der Grosse Rat des Kantons Luzern bis heute nicht geschafft, ein gerechtes Ladenöffnungsgesetz zu präsentieren. Jeder Anlauf in diese Richtung ist insofern gescheitert, als die Verbesserungsversuche wieder zu neuen Ungerechtigkeiten führten. Erst kürzlich hat der Rat für alle Tankstellenshops beschlossen, dass diese täglich Lebensmittel bis 22.00 Uhr verkaufen dürfen, während ein Dorfladen wochentags bereits um 18.30 Uhr und samstags

um 16.00 Uhr schliessen muss. Die FDP des Kantons Luzern lancierte deshalb im April dieses Jahres eine Volksinitiative unter dem Titel «Flexible Ladenöffnungszeiten» und verlangt damit gleich lange Spiesse im Detailhandel für alle. Die feh-

lende Flexibilität wirkt sich für den Kanton wirtschaftshemmend und für den Detailhandel nachteilig aus. Nun kann zur Frage der Ladenöffnungszeiten an Werktagen endlich das Volk entscheiden. Innerhalb von nur vier Monaten, die Sommerferien eingerechnet, hat die FDP rund 5000 Unterschriften zur Beglaubigung einreichen können. ■



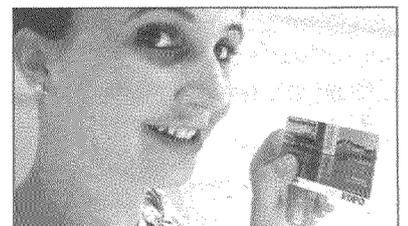
Auch der Schutz der Arbeitnehmenden ist gewährleistet.

## Luzern

### FDP überrascht mit nationalem Novum



Die 7000 Empfänger des «Luzerner Freisinns» haben kürzlich ihre persönliche Sympathie-Card der FDP erhalten. Mit einer multifunktionalen Karte will die FDP des Kantons Luzern die Parteibindung stärken. Mit der Sympathie-Card hat sich die FDP eines Instrumentes aus dem klassischen Marketing bedient. Der Begriff heisst: «Kundennutzen stiften». Die Menschen fragen heute immer weniger nach Ideologien und Programmen als nach einem persönlichen Vorteil einer Partei – und meinen damit oft einen Neben- oder Zusatznutzen. Einen solchen Zusatznutzen bietet die Sympathie-Card mit einer Vielzahl von exklusiven Dienstleistungen und attraktiven Partnerfirmen. Die Karte bewegt emotional mit dem Postkartensujet Luzerns, der persönlichen Adresse und den liberalen Werten im «Kreditkartenformat». Sie ist auf ein äusserst positives Echo gestossen, weshalb die Attraktivität im Spätherbst 2005 durch ein weiteres Dienstleistungspaket ergänzt wird. Trotz dieses Erfolgs sind und bleiben für die Luzerner FDP eine aktive Sachpolitik, die Sorgen der Menschen und die Pflege des Zusammenhaltes die wichtigsten Massstäbe für die Parteiarbeit. ■



Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Weg zum Recht.

www.binderlegal.ch  
T 056 204 02 00  
T 062 832 10 50

Binder  
rechtsanwälte

## Chancen für Schweizer Arbeitnehmende

Ja zur Personenfreizügigkeit am 25. September 2005

**Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Hauptbetroffenen der Abstimmung vom 25. September 2005 über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit. Sie werden Arbeitskollegen aus den neuen EU-Staaten bekommen und werden ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt auch in den dynamischen neuen EU-Staaten nutzen können.**



Regina Ammann

Von Regina Ammann, alt Nationalrätin, Liberales Angestelltenkomitee «Erweiterung Personenfreizügigkeit JA», Nussbaumen AG

Wir Angestellte sind wichtige Entscheidungsträger für die Abstimmung vom 25. September: Überwiegen unsere Ängste, legen wir ein Nein in die Urne, sehen wir vor allem Chancen, legen wir ein Ja ein. Entscheidend ist also, ob wir das Glas als halbvoll oder halbleer aussehen.

Anzeige

### dipl. Wirtschaftsfrau KMU

Der Lehrgang für Frauen, die in KMU tätig sind und ihre betriebswirtschaftlichen und sozialen Kompetenzen ergänzen und aktualisieren wollen.

Interessiert? Besuchen Sie unsere Website [www.feusi.ch](http://www.feusi.ch) oder kontaktieren Sie uns für ein individuelles Beratungsgespräch.

**feusi** Berufsbildung  
Alpeneggstr. 1, 3012 Bern  
Telefon 031 308 33 50  
[www.feusi.ch](http://www.feusi.ch) [berufsbildung@feusi.ch](mailto:berufsbildung@feusi.ch)

Das Liberale Angestelltenkomitee sieht das Glas klar als halbvoll an und signalisiert, dass es am 25. September nicht einfach um ein «Polit- oder Verbands-Issue» geht, sondern um uns ganz direkt. Und es geht – wegen der sogenannten Guillotineklausel – um die Weiterführung des bisher erfolgreichen bilateralen Weges. Lehnen die Schweizerinnen und Schweizer die Erweiterung der Personenfreizügigkeit ab, kann die EU die gesamten Bilateralen Verträge I kündigen, was massive negative Konsequenzen für unsere Volkswirtschaft hätte.

### Unsere drei Chancen

Weil es um sehr viel geht, haben sich Angestellte aus verschiedenen Branchen und Unternehmen zum Liberalen Angestelltenkomitee zusammengeschlossen und wollen mit den folgenden drei Ar-

gumenten Überzeugungsarbeit in ihren Berufsgruppen leisten:

**1. Bilateraler Weg als Chance:** Der Bilateralismus hat sich als pragmatischer «Weg der Schweiz» bewährt. Er sichert Wohlstand und Arbeitsplätze in der Schweiz, lässt uns aber gleichzeitig unsere Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten und nicht durch ein Nein am 25. September gefährden.

**2. Neue EU-Mitgliedsstaaten als Chance:** Wenn Schweizer Unternehmen sich vom interessanten «Ost-Kuchen» ein Stück abschneiden wollen, ist das auch für uns Angestellte interessant. Wir können als Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin bei unserer Firma berufliche Erfahrungen sammeln, können uns in den neuen EU-Staaten aber auch selbständig machen. Letzteres dürfte eine interessante Option sein, bietet sie doch tendenziell grösseres Erfolgspotenzial als beispielsweise in den «alten» EU-Ländern und zum Teil auch als in der Schweiz. Wichtig ist uns die liberale Position: Wir wollen uns nicht einschränken lassen bezüglich des Ortes, wo wir arbeiten können und wir wollen Chancen ohne lange Bewilligungsverfahren wahrnehmen können, wenn sie sich uns bieten.

**3. Wettbewerb als Chance auch im Arbeitsmarkt:** Als Liberale befürworten wir den Wettbewerb und freie Märkte als erfolgreiches Wirtschaftskonzept. Wir scheuen Wettbewerb auch

nicht im Arbeitsmarkt, sind wir doch aus unseren Jobs bereits gewohnt, Leistung zu zeigen und mit Konkurrenz und Veränderung umzugehen. Angestellte in der Schweiz sind gut positioniert für den Wettbewerb: Wir verfügen über eine hohe Leistungsbereitschaft und Arbeitsmotivation, gute Ausbildung, Sprachkenntnisse usw. Wir sind überzeugt, dass ein Nein am 25. September den Konkurrenzdruck nicht aufhalten kann, steht doch die Schweiz nicht nur in Konkurrenz zu den EU-Staaten. Wir müssen uns darauf einstellen, dass sich die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaft in Zeiten der Globalisierung verändert haben und ein höheres Mass an Anpassungsfähigkeit erfordern. Abschottung kann den Wandel also nicht aufhalten, eine kontrollierte Öffnung mit Übergangsfristen gibt aber Zeit für die nötige Umstellung. Mit der Vorlage zur Erweiterung des freien Personenverkehrs erhalten wir diese kontrollierte Öffnung. Sie enthält einen doppelten Schutz: Lange Übergangsfristen in den Verträgen selber plus die flankierenden Massnahmen.

### Flankierende Massnahmen schützen vor Markt nicht

Noch ein klärendes Wort zu diesen flankierenden Massnahmen: Unsere Löhne bezahlen unsere Kunden – nur wenn wir wettbewerbsfähig und leistungsbereit sind, werden wir im Markt beste-

hen. Dieser Tatsache kann sich niemand verschliessen. Manche Branchen sind nun dank bisheriger Abschottung oder Regulierung noch etwas weiter weg vom Markt als andere. Diese Branchen werden sich dem Wettbewerb öffnen müssen, dagegen helfen weder ein Nein am 25. September noch flankierende Massnahmen. Es braucht daher eine ehrliche Kommunikation gegenüber den Angestellten. Die flankierenden Massnahmen sind kein Bollwerk gegen den Markt. Zusammen mit den langen Übergangsfristen in den Verträgen selber (bis 2014) helfen sie aber mit, dass der notwendige Wandel einermassen abgedeckt vollzogen werden kann.

### Das Risiko lohnt sich

Fazit: Mit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit gehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein kalkuliertes Risiko ein und wahren ihre Chancen im internationalen Arbeitsmarkt. Wir wollen keine Hängematte, ein Sprungtuch genügt! ■

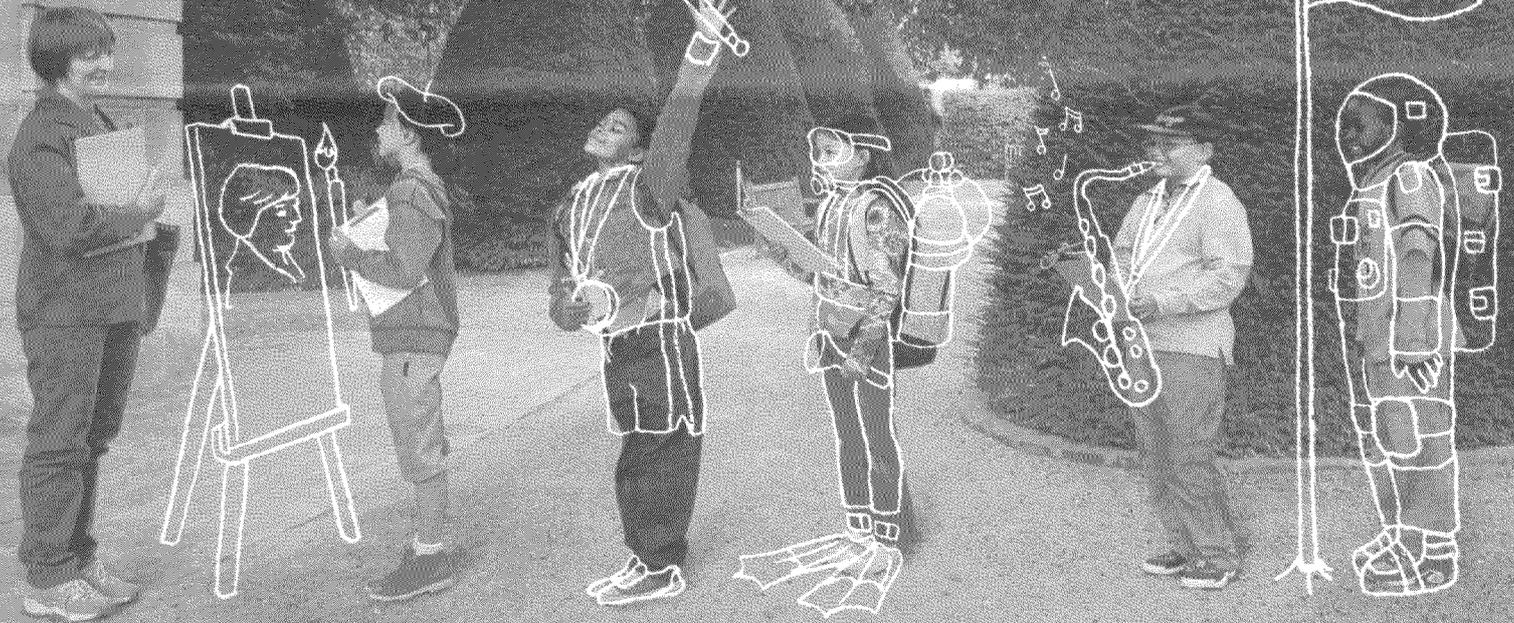
### Machen Sie im Komitee mit!

Wir würden uns freuen, wenn Sie als liberal gesinnte Angestellte aller Rangstufen dem Komitee beitreten und uns in dieser wichtigen Abstimmung unterstützen würden. Melden Sie sich per E-Mail bei Regina Ammann ([regina.ammann@credit-suisse.com](mailto:regina.ammann@credit-suisse.com)) an.

# Wir sehen Kinderträume wahr werden.

Kinder stecken voller Potenzial. Was auch immer sie sich erträumen: Mit gezielter Förderung und den richtigen Hilfsmitteln können sie im Leben viel erreichen. Wir begeistern uns für Kinder und ihr unerschöpfliches Potenzial. Das inspiriert uns, Software zu entwickeln, die ihre Träume wahr werden lässt.

[www.microsoft.com/switzerland/de/potential](http://www.microsoft.com/switzerland/de/potential)



*Your potential. Our passion.*

**Microsoft**

# FDP stellt gesellschafts- und finanzpolitische Weichen

## Delegierte sagen klar Nein zu Forschungsverbots-Initiative

An der Delegiertenversammlung vom 20. August 2005 in Zürich-Oerlikon beschloss die FDP Schweiz mit 198 zu 3 Delegiertenstimmen die Nein-Parole zur Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft».

Die Initiative setzt aus freisinniger Sicht einen gänzlich falschen Akzent für den Forschungsplatz und Wirtschaftsraum Schweiz. «Regeln statt Verbote» lautet auch in diesem Themengebiet die Devise der FDP.

Bundesrat Hans-Rudolf Merz führte mit einem interessanten Referat in den zweiten Teil der Versammlung ein, welcher der vom Bundesrat geplanten Unternehmenssteuerreform gewidmet war. Die Tessiner Finanzdirektorin Marina Masoni und die Nationalräte Charles Favre (VD) und Gerold Bührer (SH) zeigten anschliessend den Handlungsdruck in diesem Bereich auf und skizzierten die verschiedenen Optionen. Den Delegierten war es am Ende der regen Diskussion vorbehalten, ihre Meinung zu den unterschiedlichen Vorschlägen, welche sich auf dem Tisch befanden, zu äussern (siehe auch Bericht auf Seite 10).



Marina Masoni, Regierungsrätin im Kanton Tessin, machte auch komplexe Aspekte der Unternehmenssteuerreform bestens verständlich.



Die Delegierten wurden von Stadträtin Kathrin Martelli in Zürich willkommen geheissen.



Bekannt für grossen Einsatz für tiefe Steuern: die Thurgauer Kantonalpräsidentin Gabi Badertscher.



Martina Lehr, Mitglied der Geschäftsleitung der Firma R + B engineering ag aus Brugg AG, (links) und Edith Haller, Parteisekretärin der FDP Aargau, freuen sich auf die Verleihung des KMU-Preises.

# FDP vergibt zum 4. Mal den KMU-Preis

14 Unternehmen wurden in Zürich ausgezeichnet



Die stolzen Preisträgerinnen und Preisträger mit Bundesrat Hans-Rudolf Merz und Ständerat Rolf Schweizer.

Im Rahmen der FDP-Delegiertenversammlung vom 20. August in Zürich vergab die FDP bereits zum 4. Mal ihren KMU-Preis. Thema der diesjährigen Verleihung war «ethisches Verhalten im Unternehmen». 14 Unternehmen wurden in diesem Jahr mit dem begehrten Preis ausgezeichnet.

Der KMU-Preis der FDP wird seit 1999 (damals noch unter der Bezeichnung «KMU-Oscar») im Zweijahresrhythmus von der FDP Schweiz ausgeschrieben, die Wahl erfolgt in den einzelnen Kantonen. Kriterium der diesjährigen Verleihung war ein herausragendes Engagement im Bereich der ethischen Verantwortung. Dies kann sowohl die Unternehmenskultur als auch die soziale Verantwortung oder aber ein besonderes Engagement zugunsten der Umwelt betreffen.

## Für die FDP sind KMU zentral

Der KMU-Preis der FDP wurde ins Leben gerufen, um der Öffentlichkeit die zentrale Bedeutung der KMU in Wirtschaft und Gesellschaft näher zu bringen und die besondere Wertschätzung der FDP gegenüber den ausgezeichneten Unternehmen auszudrücken. Es sind die FDP-Kantonalparteien, welche die Preisträger in ihrem Kanton bestimmen. Nach einem humorvollen Einführungsreferat des Zuger Ständerats Rolf Schweizer, dem Ressortverantwortlichen Wirtschaft in der Geschäftsleitung der FDP Schweiz, erhielten die Gewinner ihren Preis aus der Hand von Bundesrat Hans-Rudolf Merz.

Mit dem KMU-Preis 2005 der FDP wurden folgende Unternehmen ausgezeichnet:

## Eine Information der FDP

Wirtschaftswachstum  
der neuen EU-Staaten  
(in % des BIP)

Lettland 8,5%  
Litauen 6,7%  
Slowakei 5,5%

Zum Vergleich:  
Das Wachstum lag im  
Jahr 2004 in der Schweiz  
bei 1,7%

**JA**

zum bilateralen Weg  
am 25. September

**FDP**  
Freisinnig-Demokratische Partei

AG	Firma R + B engineering ag, Brugg
AR	Lumitec AG, Gais
BE	TRANSfair, Thun
GE	Fondation Philias, Carouge
GL	Glarus hoch3 AG, Ziegelbrücke
GR	Rätia Energie AG, Poschiavo
LU	Trisa AG, Triengen
OW	Maler Hinter, Sachseln
SO	VEBO Genossenschaft, Oensingen
TG	ISA Sallmann AG, Amriswil
TI	RB & Design SA, Cadenazzo
VD	Symbios Orthopédie SA, Yverdon-les-Bains
VS	Grichting & Valterio Groupe SA (Grichting & Valterio SA / Les Creusets SA), Sion
ZH	Helvetic Airways AG, Zürich Flughafen

# Unternehmenssteuerreform II

## Delegierte setzen verstärkten Akzent auf Investitionsanreize

Für die Delegierten der FDP sind das Wachstumsproblem und die Investitionsschwäche der Schweizer Wirtschaft zu gravierend, um die Realisierung der Unternehmenssteuerreform II mit politisch nicht adäquaten Forderungen zu gefährden. Sie haben sich deshalb an der Delegiertenversammlung vom 20. August in Zürich entschieden, den bundesrätlichen Vorschlag einerseits zu modifizieren und mit Investitionsanreizen zu akzentuieren und andererseits auch die Interessen der Kantone mit einzubeziehen.

Von Bruno Henggi, Leiter  
Fraktionssekretariat FDP  
Schweiz, Bern

und anschliessend beim Aktienbesitzer mit der Dividendenbesteuerung. Es ist einleuchtend, dass dieser als wirtschaftliche Doppelbesteuerung bekannte Sachverhalt nicht förderlich ist, der Wirtschaft Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Es ist wichtig, dass In-

Im geltenden Steuersystem werden die Unternehmensgewinne zweimal besteuert: zuerst im Unternehmen bei der Gewinnbesteuerung

vestitionen gefördert und demnach Gewinne und Dividenden nicht überbesteuert werden. Als Dividende ausbezahlte Gewinne sollen zurück in die Wirtschaft fliessen und für neue Projekte zur Verfügung stehen. Das geltende System lässt sich dadurch korrigieren, dass der Unternehmensgewinn weiterhin besteuert wird, die Besteuerung der Dividenden hingegen abgeschafft oder zumindest verringert wird. In den meisten westlichen Industriestaaten ist das Problem der Doppelbesteuerung angegangen worden. Bei uns liegt ein Vorschlag des Bundesrates auf dem Tisch, der Dividenden statt wie bisher zu 100% neu zu 80% besteuern will.

### Steuerliche Erleichterung als spürbares Signal

Für die FDP-Delegierten war klar: Die Reform muss die Position des Standortes Schweiz merklich verbessern und einen echten Investitionsanreiz schaffen. Der bundesrätliche Vorschlag wird jedoch diesem Anspruch nicht gerecht. Praktisch ohne Opposition votierten sie deshalb für eine Besteuerung der Dividenden zu 50% und damit für eine substantielle Erleichterung der Doppelbesteuerung.

### Akzent auf Investitionsanreiz und nicht auf allgemeiner Entlastung

Um diesem Paradigmawechsel noch einen klareren wachstumsorien-



Bruno Henggi

tierten und investitionsfördernden Akzent zu verleihen, entschieden sich die freisinnigen Delegierten, zwischen den Interessen jener Aktionärinnen und Aktionäre, welche sich unternehmerisch beteiligen, und den Interessen der Sparer-Aktionäre zu unterscheiden. Mit 138:42 Stimmen votierten sie grundsätzlich für die Statuierung einer qualifizierten Beteiligung und mit 100:78 Stimmen für die Festschreibung der qualifizierten Beteiligung auf 10% des Aktienkapitals, die Minderheit wollte eine solche von 5%.

### Anliegen der Kantone berücksichtigt

Mit diesen Eckwerten berücksichtigt die FDP auch finanzpolitische Interessen der Kantone, ohne deren Segen oder zumindest Stillhalten eine relevante Vor-

lage wie die Unternehmenssteuerreform II nur sehr schwierig zu realisieren sein wird. Mehr noch: Mit dem gewählten Modell und der Akzentuierung auf den Unternehmer-Aktionär bewegt sich die FDP auf steuerepolitischen Wegen, welche auch von einzelnen Kantonen bereits beschriftet werden. Das von diesen Kantonen implementierte Modell (50% Besteuerung und qualifizierte Beteiligung) ist jeweils vom Souverän gutgeheissen worden.

Die FDP-Delegierten gaben schliesslich unmissverständlich zu verstehen, dass sie eine vorgezogene gesetzliche Lösung bezüglich der Teilliquidation erwarten und die steuerliche Behinderung von Unternehmensübergaben rasch eliminiert sehen möchten.

## Polen:

Papst Johannes Paul II  
Marie Curie  
Nikolaus Kopernikus  
Frederic Chopin  
Roman Polanski  
Krzysztof Kieslowski  
Adam Malysz

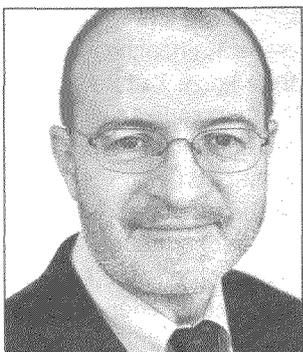
JA

zum bilateralen Weg  
am 25. September

FDP  
Freisinnig-Demokratischer Partei

## «Wir wollen uns mutig den Herausforderungen stellen»

Die FDP Schweiz erarbeitet zurzeit die Themen freisinniger Politik, welche die Partei in den kommenden Jahren profilieren sollen. Parteipräsident Fulvio Pelli stand zu diesem Thema dem «Freisinn» Rede und Antwort.



Fulvio Pelli

«Freisinn»: Weshalb braucht die FDP eigentlich eine neue Strategie?

**Fulvio Pelli:** Die FDP braucht Profil, damit sie für die Bürgerinnen und Bürger fassbar und erkennbar ist. Wir bieten heute kein einheitliches Bild, sondern viele verschiedene – je nach Kanton. Wir wollen die Schwerpunkte für unser politisches Profil festlegen. Dazu stellen wir uns die Frage: Welches sind die wichtigsten Gebiete, auf de-

nen wir Freisinnige aktiv werden müssen, damit sich die Schweiz bewegt und zu einer erfolgreichen Schweiz wird?

Und welche Gebiete sind das?

Wir wollen eine intelligente Schweiz, die führender Denk- und Wissensstandort ist. Wir wollen eine wachsende Schweiz, die

Leistung honoriert und ein Wirtschaftswachstum hat, welches diesen Namen verdient. Wir wollen eine Schweiz des Ausgleichs, in der gerecht besteuert wird und die Sozialwerke gesichert sind. Und wir wollen eine offene Schweiz, die selbstbewusst in der Welt auftritt und die gesellschaftlichen Realitäten aufnimmt.

Einzelne Medien haben unterstellt, die vorgeschlagenen Schwerpunkte kämen einem Linksrutsch gleich.

Ich weigere mich, in diese Diskussion einzusteigen. Wir wollen liberal und modern-bürgerlich sein. Wir wollen nach vorne sehen und uns mutig den Herausforderungen stellen. Dazu braucht es eine fortschritt-

liche Gesellschaftspolitik und gleichzeitig eine Wirtschaftspolitik, welche den Unternehmen beste Rahmenbedingungen bietet. Ein gesunder Bundeshaushalt gehört auch dazu. Diesen Weg haben wir bereits eingeschlagen. An der Delegiertenversammlung in Zürich haben wir tiefere Steuern für Unternehmen beschlossen, die Forschungsverbinderungs-Initiative klar abgelehnt und die Unterstützung der Unterschriftensammlung für die Verbandsbeschwerde-Initiative der Kantonalparteien beschlossen.

Wie geht es mit dieser Schwerpunktbildung nun konkret weiter?

Die Profilierungsarbeit hat begonnen. Unsere Kampagne für den bilateralen Weg

zeigt die FDP im Einsatz für eine offene Schweiz. Kantonalparteien und Geschäftsleitung der FDP Schweiz haben im Rahmen der Delegiertenversammlung in Zürich einen ersten Entwurf dieser Schwerpunktbildung besprochen. Die Diskussion war sehr interessant und konstruktiv. Wir sind nun daran, die Resultate aufzuarbeiten. Dann diskutieren wir noch einmal mit den Kantonalparteien und verabschieden in der Geschäftsleitung die Profilierungsthemen, zu denen die Delegierten anlässlich der Delegiertenversammlung vom 22. Oktober in Yverdon Stellung nehmen werden.»

## FDP Schweiz unterstützt Volksinitiative aktiv

### Verbandsbeschwerde-Initiative der Kantonalparteien stösst auf Zustimmung

Die Geschäftsleitung der FDP Schweiz und die Konferenz der Kantonalparteipräsidenten haben am 19. August 2005 die Verbandsbeschwerde-Initiative diskutiert. Dabei wurde entschieden, dass die FDP Schweiz und alle Kantonalparteien die Unterschriftensammlung aktiv unterstützen.

#### Auch Umweltschutz ist auf Wachstum angewiesen

In der Raumplanung und bei der Realisierung neuer Projekte sind sowohl der Aspekt des Umweltschutzes als auch die Arbeitsplatzsicher-

heit zu berücksichtigen. Es bringt nichts, das eine gegen das andere Anliegen auszuspielen. Die FDP steht für eine Schweiz, die wächst. Umweltschutz verlangt nachhaltiges Wachstum – deshalb gibt es Raumplanung, Umweltrecht und Bauvorschriften. Umweltschutz muss, um seinerseits nachhaltig zu sein, demokratisch legitimiert sein und nicht korporatistisch durch Verbände. Deshalb sind die objektiv bestehenden Probleme zwischen demokratischen Entscheidungen und dem Rechtsweg auszuräumen. Mit der Initiative wird eine Grundsatz-Diskussion ermöglicht. Diese Diskussion wird eine Klärung der

Kompetenzverteilung zwischen Politik und Gerichten bringen. Mit der Initiative soll das Verbandsbeschwerderecht verwesentlich und nicht abgeschafft werden.

Informationen über die Volksinitiative «Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz!» und den Unterschriftenbogen zum Download finden Sie auf der Internet-Seite [www.wachstum.ch](http://www.wachstum.ch). Die Unterlagen können auch beim Komitee «Pro Wachstum» telefonisch unter der Nummer 044 268 60 90 bestellt werden.

## Ja zum freien Personenverkehr am 25. September

**Von verschiedensten Absendern wird immer wieder die Bedeutung der bilateralen Verträge hervorgehoben – zu Recht. Die inhaltlichen Argumente sind deshalb auch durch eine Kampagne zu begleiten, welche den Erfolg an der Urne am 25. September sicherstellt.**

Von FDP-Generalsekretär  
Guido Schommer, Bern



Guido Schommer

Die FDP hat die strategische Bedeutung der Abstimmungen über den bilateralen Weg – explizit «Schengen/Dublin» und «Personenverkehrsabkommen» – frühzeitig erkannt und vor etwa zwei Jahren die Federführung der Parteien auf der Befürworterseite übernommen. Die politisch extrem breite Befürworterfront von den Gewerkschaften bis hinüber zum Bauernverband machte eine frühzeitige Koordination der Arbeiten nötig. Diese Abstimmungscoalition hat mit dem deutlichen Ja am vergangenen 5. Juni (das drittbeste Resultat einer aussenpolitischen Abstimmungen der letzten 30 Jahre) bewiesen, dass sie fähig ist zu gewinnen. Wenn man Umfragen Glauben schenken will – was ich nur mit einer gehörigen Vorsicht tue – ist die Herausforderung für den 25. September noch um einiges grösser. Die Zuversicht angesichts der noch einmal gewachsenen Befürworterschaft und des

enormen Engagements aller Befürworterkreise ist aber auch gewachsen. Die FDP hat im Hinblick auf die Kampagnen für die bilateralen Verträge eine Kampagnenstelle im Generalsekretariat geschaffen, die seit diesem Frühjahr jene Abstimmungskampagnen vorbereitet und durchführt, welche für die FDP von strategischer Bedeutung sind. Auch für die Ausdehnung des Personenverkehrsabkommens ist die FDP Schweiz zusammen mit ihren Kantonalparteien und Ortssektionen mit einer eigenen Kampagne präsent. Diese zielt erstens darauf ab, heutige und künftige FDP-Wählerinnen und -Wähler anzusprechen und zur Teilnahme am Urnengang aufzurufen. Zweitens soll die Kampagne dazu beitragen, die FDP als politische Kraft sichtbar zu machen, die an vorderster Front für eine offene Schweiz und für eine (auch wirtschaftlich) wach-

sende Schweiz steht. Drittens ist die Kampagne ein Warmlaufen unserer Organisation im Hinblick auf weitere Partei-Abstimmungskampagnen und anstehende Wahlgänge. Als zentrale Botschaft steht «Chancen packen!» im Vordergrund. Die Botschaft ist vorwärts in die Zukunft gerichtet. Sie drückt damit aus, dass die Schweiz stark genug ist, diese Herausforderung auf bekanntem Terrain als Chance zu packen und dass andere Kräfte ungerechtfertigt Ängste schüren und Abschottung predi-

gen. Die Herausforderung dieser Kampagne ist die extrem kurze Zeit, in welcher Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit für das Thema vorhanden sein wird. In sechs Wochen ist diese Volksabstimmung bereits Geschichte! Die FDP hat sich entschieden, ihre verfügbaren Mittel auf diesen engen Zeitraum zu konzentrieren.

Folgende Bestandteile der Kampagne werden umgesetzt:

■ Äusserst zahlreiche Veranstaltungen und Standaktionen in den Regionen. Freisinnige Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden über 1000 Auftritte absolvieren. An diesen Veranstaltungen werden rund 100 000 Exemplare des Flyers verteilt.

■ Plakataushang mit der Hauptbotschaft «Bilaterale: Chancen packen!» in verschiedenen Formaten: Es werden rund 7000 Plakate ausgehängt, insbesondere in Städten und Agglomerationen. Hinzu kommen Plakatstände von Kantonal- und Ortsparteien auf privatem Grund. Die FDP wird im Inseratebereich in der

Deutschschweiz und der Romandie aktive Information betreiben. Testimonials freisinniger Persönlichkeiten aus den Regionen sind ebenfalls geplant.

■ Erstmals wird die FDP Schweiz Hauswurfsendungen durchführen. Über eine Million Bürgerinnen und Bürger werden so erreicht.

■ Einige Tausend persönlich adressierter Briefe werden wieder eingesetzt.

■ Bereits seit einigen Wochen im erfolgreichen Schneeball-Einsatz sind die E-Cards mit Sujets, die Ururteile gegenüber den Wachstumsstaaten in Zentral- und Osteuropa ausräumen helfen, indem sie über die hohen BIP-Wachstumsraten, die niedrige Staatsverschuldung oder über die niedrigen Analphabetenzahlen informieren.

■ Hinzu kommen die internen Informations- und Mobilisierungsmedien wie Pressedienst, Newsletter und unsere Parteizeitungen «Freisinn» und «pages politiques».

Mit einem Ja am 25. September packt die Schweiz eine Chance. Mit einer engagierten Kampagne auf allen Stufen packt aber auch die FDP die Chance, die ihr diese Vorlage bietet. ■

### Infos im FDP-Netz

Unser ausführliches Dossier zur Abstimmung vom 25. September mit Medientexten, Argumentarien und vielen weiteren Informationen finden Sie auf der Internetseite der FDP Schweiz

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

Versenden Sie von der FDP-Seite aus die beliebten E-Cards an Ihre Freunde und Bekannten und zeigen Sie damit für die Bilateralen Flagge! Der Link zu den E-Cards befindet sich im Inhaltsverzeichnis in der linken Spalte.

**FDP**   
Freisinnig-Demokratische Partei

**LIBERAL**  
Parti libéral suisse / Liberale Partei der Schweiz

# Einladung

## zum Abstimmungs-Fest

**Sonntag, 25. September, 13.00 – 17.00 Uhr**  
**Restaurant Äusserer Stand, Zeughausgasse, Bern**



**zum bilateralen Weg  
am 25. September**

**FDP**   
Freisinnig-Demokratische Partei

## Liberales Komitee will Chancen packen

### Sichere Arbeitsplätze dank Ja zum bilateralen Weg

**Im «liberalen Komitee» setzen sich rund 100 freisinnige und liberale Politikerinnen und Politiker aus Bund und Kantonen für ein Ja am 25. September ein. Sie kämpfen gemeinsam für die Fortsetzung des bilateralen Wegs, damit die sich bietenden Chancen für den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze genutzt werden können. FDP und Liberale setzen sich an vorderster Front dafür ein, dass die Schweiz diese Chancen wahrnimmt.**

Mit der Ausdehnung der bilateralen Abkommen auf die neuen EU-Mitglieder vergrössert sich der europäische Markt um 80 Millionen Menschen. Für die exportorientierte Schweizer Wirtschaft bieten sich dadurch Absatz- und Wachstums-Chancen. Jährlich werden zusätzlich bis zu 2 Milliarden Franken in die schweizerische Volkswirtschaft fliessen. Dies stärkt den Wirtschaftsstandort Schweiz nachhaltig, sichert bestehende und schafft neue Arbeitsplätze.

#### Interessierte profitieren

Mit der Ausdehnung des Personenverkehrsabkommens wird es zudem einfacher, in den neuen EU-Staaten zu studieren, einen Sprachaufenthalt zu machen oder auch zu arbeiten. Schweizer Unternehmen können demnach ihre Mitarbeiter einfacher in diese Staaten entsenden und sind nicht gezwungen, eine Niederlassung zu eröffnen und die Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Den Befürchtungen, dass umgekehrt Personen aus diesen Staaten in die Schweiz kommen und hier zu Dumping-Löhnen arbeiten könnten, wurde Rechnung getragen.

Mit konkreten Massnahmen wird dafür gesorgt, dass die schweizerischen Bestimmungen eingehalten werden. Weder Arbeitneh-

mer noch Arbeitgeber haben ein Interesse daran, dass die Errungenschaften des schweizerischen Arbeitsrechts und der Sozialpartnerschaft ausgehebelt werden.

#### Bilateraler Weg steht auf dem Spiel

Am 25. September steht aber nicht nur die Ausdehnung des Personenverkehrsabkommens zur Diskussion. Mit einem Nein

würde der gesamte bilaterale Weg gefährdet. Eine Kündigung aller Abkommen mit der EU wäre möglich. Damit wäre die Schweiz in Europa vollständig isoliert. Die wichtigsten Absatzmärkte für die Schweizer Wirtschaft wären verschlossen. Sowohl Reisen als auch längere Aufenthalte in Europa würden schwieriger.

Der 25. September bringt deshalb eine wichtige Wei-

chenstellung. FDP und Liberale kämpfen dafür, dass der Weg nicht auf das Abstellgleis führt. Aus diesem Grund engagieren sie sich sehr aktiv im Abstimmungskampf. Neben Plakaten, Inseraten und Informationsmaterial sind auch diverse Auftritte und Aktionen geplant, um die Bürgerinnen und Bürger offen und ehrlich zu informieren. ■

## Erfahrungen mit freiem Personenverkehr sind positiv

**Seit 2002 kann die Schweiz Erfahrungen mit dem freien Personenverkehr mit den «alten» EU-Staaten (EU-15) sammeln. Die Resultate sind dabei ganz klar positiv und verbannen oft gehörte Schlagworte wie Masseneinwanderung oder Sozialtourismus in das Reich der Märchen. Der Aargauer Nationalrat Philipp Müller hat für die Leserschaft des «Freisinn» einige eindrückliche Zahlen zusammengestellt.**

■ Die Einwanderung von Erwerbstätigen aus der EU-15/EFTA, die zur ständigen ausländischen Wohnbevölkerung gehören, hat sich im ersten Kontingentsjahr nach Wegfall des Inländervorrangs (1. Juni 2004 bis 31. Mai 2005) gegen-

über dem Vorjahr um 3,9 Prozent reduziert.

■ Die Einwanderung von Erwerbstätigen aus der EU-15/EFTA, die nicht zur ständigen ausländischen Wohnbevölkerung gehören, hat im ersten Kontingentsjahr nach Wegfall des Inländervorrangs gegenüber dem Vorjahr sogar um 23,6 Prozent abgenommen.

■ Die Zahl der selbständigen Dienstleistungserbringer mit einem Aufenthalt in der Schweiz von maximal 90 Tagen betrug vom 1. Juni 2004 bis zum 31. Mai 2005 lediglich 4431 Personen, was gerade einmal ca. 1 Promille aller Beschäftigten in der Schweiz ausmacht.

■ Zwischen Januar 2002 und Januar 2005 hat die Zahl der IV-Rentner mit Schweizer Pass um 12,1

Prozent zugenommen, jene der Rentner mit Herkunftsland in der EU um deutlich schwächere 2,6 Prozent.

Fazit: Auch mit dem freien Personenverkehr stellen also unsere Arbeitgeber lieber Leute ein, die schon hier leben, unsere Sprache sprechen und sich bei uns auskennen. Nur in Bereichen, wo der einheimische Arbeitsmarkt nicht entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte anzubieten hat, werden EU-Bürger angestellt. Die Einführung des freien Personenverkehrs mit der EU-15 hatte – entgegen vielen anderslautenden Prognosen – auch keine bedeutsamen Auswirkungen auf die Invalidenversicherung. ■

### Impressum

#### Schweizer Freisinn

27. Jahrgang  
Erscheint monatlich in einer beiglaubigten Auflage von 71 160 Exemplaren.

#### Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz  
Redaktion: Nico Zila  
Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.  
Postfach 6136, 3001 Bern  
Telefon 031 320 35 35  
Fax 031 320 35 00  
E-Mail zila@fdp.ch  
Internet www.fdp.ch

#### Inserate

TrisCom-Media AG  
Bündtenstrasse 10  
4410 Liestal  
Telefon 061 926 93 33  
Fax 044 258 18 99  
E-Mail verkauf@triscom.ch  
Internet www.triscom.ch

#### Layout/Druck

NZZ Print  
Postfach, 8021 Zürich  
Telefon 044 258 18 94  
Fax 044 258 18 99  
ISDN 044 773 11 15  
(alle Protokolle)  
E-Mail print@nzz.ch  
Internet www.nzzprint.ch

## Danke, Ursula Junker!

Nach mehr als zehn Jahren im Dienst der FDP des Kantons Schaffhausen gab Ursula Junker ihr Amt als Kantonssekretärin per Ende August ab. Während dieser ganzen Zeit hat sie ihr Amt nicht nur politisch und administrativ, sondern vor allem auch menschlich ausgefüllt. Ursula Junker fühlte sich immer in ernsthaften Gesprächen wie auch in geselligen Runden sichtlich wohl. Generalsekretär Guido Schommer dankte ihr anlässlich ihrer letzten Sekretärenkonferenz in Zürich im Namen der FDP Schweiz für ihren grossen Einsatz zum Wohl der Partei. Als ihre Nachfolgerin hat die FDP des Kantons Schaffhausen Sandra Bühmann gewählt. ■



Ursula Junker und Guido Schommer sind beim Fototermin gut gelaunt.

## Gefällt Ihnen der «Freisinn»?

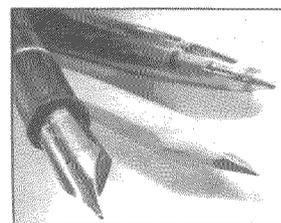
Auf jede Ausgabe des «Freisinn» erreichen uns Rückmeldungen mit Lob oder Kritik zu in der Zeitung erschienenen Texten. Diese Briefe oder E-Mails nehmen wir immer sehr gerne entgegen, zeigen sie uns doch, welche Inhalte bei Ihnen – sehr geehrte Leserinnen und Leser – gut ankommen und welche eher nicht.

Wir würden uns freuen, wenn auch Sie uns in einigen Zeilen kurz und bündig übermitteln würden, was Sie über unsere Parteizeitung denken. Was gefällt Ihnen am «Freisinn»? Welche Inhalte vermissen Sie in der Zeitung? Oder würden Sie den «Freisinn» sogar komplett anders gestalten?

Die Redaktion des «Schweizer Freisinn» dankt Ihnen, dass Sie sich einige Minuten Zeit nehmen und uns Ihre Meinung über die Zeitung sagen!

Bitte senden Sie Ihre Rückmeldung per Briefpost oder elektronisch an:

FDP Schweiz  
Redaktion  
«Schweizer Freisinn»  
z. Hd. Herrn Nico Zila  
Postfach 6136  
3001 Bern  
zila@fdp.ch



### Einladung

## 2. Ideenmesse für Schweizer Think Tanks

**Denkende Regionen**  
**Wie innovativ ist der Denkplatz Schweiz?**

**plus Spezialprogramm: «Neustart in Deutschland nach der Wahl – die Rolle der Think Tanks»**

Technopark Zürich, Donnerstag, 27. Oktober 2005, 12.00–20.00 Uhr

Die Schweizer Think-Tank-Landschaft ist in Bewegung. Die «Denkfabriken» machen zunehmend von sich reden und nehmen verstärkt Stellung zu gesellschaftlichen Herausforderungen.

Die Vielfalt und Vitalität der Schweizer Think Tanks repräsentiert die 2. Ideenmesse des «Swiss Policy Network». Diese offene Plattform haben Avenir Suisse und das Liberale Institut Zürich vergangenes Jahr ins Leben gerufen.

Die diesjährige 2. Ideenmesse steht unter dem Titel: **«Denkende Regionen – Wie innovativ ist der Denkplatz Schweiz?»**. Dort präsentieren sich die wichtigsten Schweizer Think Tanks und zielverwandten Organisationen mit Ständen und Veranstaltungen zu Themen wie Medien, Steuern, Bildung, Abstimmungsverhalten, Mentalitäten und Wertewandel. Auch Think Tanks aus den Nachbarländern werden zu Gast sein. Eine

spezielle Veranstaltung befasst sich mit den möglichen Auswirkungen eines Regierungswechsels in Deutschland.

Die Ideenmesse ist für alle Besucher offen, der Eintritt ist kostenlos. Sie will Teilnehmern und Besuchern Gelegenheit zur Information, zum Ideenaustausch und zur Kontaktpflege bieten.

Detaillierte Informationen über Programm und Teilnehmer finden Sie ab dem 1. September 2005 auf der Messewebsite: [swisspolicy.net](http://swisspolicy.net)

#### Kontakt:

Dr. Bernhard Ruetz  
Liberales Institut Zürich  
[www.libinst.ch](http://www.libinst.ch), [ruetz@libinst.ch](mailto:ruetz@libinst.ch)  
Tel. 044 364 16 66

## Ein echtes Bedürfnis

### Ja zu kundenfreundlichen Ladenöffnungszeiten an Bahnhöfen und Flughäfen

**Das Einkaufen an grösseren Bahnhöfen auch am Sonntag entspricht einem breiten Bedürfnis. Die Gewerkschaften aber wollen das Rad der Zeit zurückdrehen. Mit ihrer Verhinderungspolitik nehmen sie nicht nur in Kauf, dass zahlreiche Bahnhofsläden schliessen müssten und dass Arbeitnehmende ihre Stelle verlieren, sondern sie wollen die Bürgerinnen und Bürger auch bevormunden. Dagegen wehrt sich die FDP. Sie setzt sich ein für kundenfreundliche und bedürfnisorientierte Ladenöffnungszeiten an Bahnhöfen und Flughäfen. Ein Ja am 27. November schafft Arbeitsplätze, entlastet die Berufstätigen, fördert attraktive und sichere Zentren des öffentlichen Verkehrs und nützt damit uns allen.**

Von Irene Thalmann-Kühni,  
Vizepräsidentin FDP-  
Frauen Schweiz, Wilen SZ

Am 27. November entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über die Ladenöffnungszeiten an Bahnhöfen

und Flughäfen. Die Abstimmung ist notwendig, weil die Gewerkschaften das Referendum ergriffen haben. Bei der Vorlage geht es primär um eine Sicherung des bestehenden «Service au public». Durch eine Änderung des Arbeitsgesetzes soll verhindert werden, dass zahlreiche Bahnhofsläden in Zukunft am Sonntag nicht mehr geöffnet werden dürfen respektive dass Rayons geschlossen werden müssen. Die Vorlage geht zurück auf eine parlamentarische Initiative des Zürcher FDP-Nationalrates Rolf Hegetschweiler.

#### Verhinderungspolitik der Gewerkschaften

Entgegen den Behauptungen der Gegner der Vorlage handelt es sich bei der Abstimmung also beileibe nicht um eine Attacke auf das Sonntagsarbeitsverbot. Vielmehr wurde eine Neuregelung nötig, weil die Gewerkschaften die Bürgerinnen und Bürger bevor-

munden und das Rad der Zeit zurückdrehen wollen. Sie haben den Ist-Zustand bei den geltenden Sonntagsverkäufen in Bahnhöfen sowie bei den wenigen Advents-Sonntagsverkäufen auf dem Rechtsweg angefochten. Unglaublich, aber wahr: Setzt sich die Haltung der Gewerkschaften durch, so verlieren zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Stelle und damit ihren Verdienst.

#### Freiheit der Konsumentinnen und Konsumenten

Die Freisinnigen wehren sich entschieden gegen diese Verhinderungspolitik und die Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger

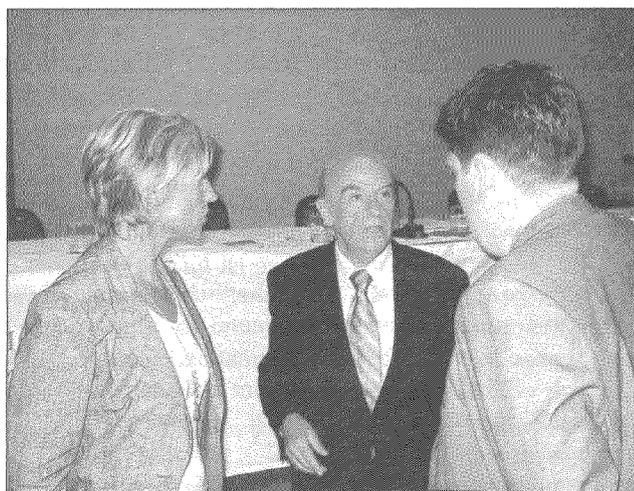
durch die Gewerkschaften. Es geht um die Freiheit der Konsumentinnen und Konsumenten, ihre Einkäufe dann zu tätigen, wenn sie Lust und vor allem auch Zeit dazu haben. Das Bedürfnis nach ausgedehnten Ladenöffnungszeiten ist ausgewiesen. Jede und jeder, die bereits sonntags eine Besorgung in einem Tankstellenshop oder einem Bahnhofsladen getätigt haben, können dies bestätigen.

#### Attraktive und sichere Bahnhöfe

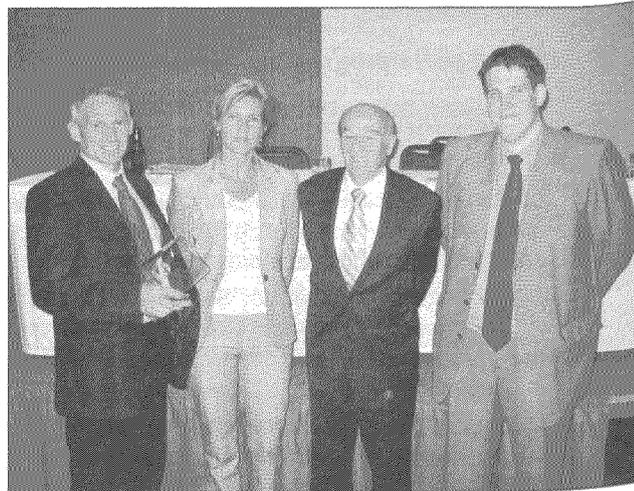
Einkaufsmöglichkeiten an Bahnhöfen erhöhen ohne Zweifel die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs. Insofern ist die Vorlage auch umweltpolitisch sinnvoll.

## «Frauenpräsidentin als Gotte»

Regierungsrätin Marianne Dürst erkannte das Potenzial der Firma «Glarus hoch 3» und machte sich für die Idee eines freiwilligen Verbunds von Glarner Gemeinden, Werken und dem Kanton mit dem gemeinsamen Ziel, eine kosteneffiziente Informatik-Infrastruktur zu betreiben, stark. Sie hatte den richtigen Riecher: Am 20. August 2005 erhielt «Glarus hoch 3» aus den Händen von Bundesrat Hans-Rudolf Merz den begehrten KMU-Preis der FDP.



Bundesrat Merz will es genau wissen. Er lässt sich von Geschäftsführer Christoph Marti die Idee von «Glarus hoch 3» erklären.



Stolze Gewinner (v. l. n. r.): VR-Präsident Beat Noser, Regierungsrätin Marianne Dürst, Bundesrat Hans-Rudolf Merz und Geschäftsführer Christoph Marti.



Irene Thalmann-Kühni

Nicht zu vergessen ist dabei der Umstand, dass belebte Bahnhöfe auch sichere Bahnhöfe sind.

### Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Im Weiteren geht es bei dieser Vorlage um einen wenn auch kleinen, so doch richtigen Schritt hin zu einer modernen Gesellschaftspolitik. Denn es schleckt keine Geiss weg, dass die Ladenöffnungszeiten in der Schweiz trotz veränderten Lebensgewohnheiten zu einem grossen Teil parallel zu gängigen Arbeitszeiten verlaufen. Berufstätige Frauen und Männer können durch die Vorlage entlastet werden, denn das Einkaufen an Bahnhöfen ausserhalb der normalen Ladenöffnungszeiten bleibt bestehen.

### Willkommener Zusatzverdienst

Ignoriert wird dabei offenbar auch der Umstand, dass für viele Familien ein

Zusatzverdienst sehr willkommen wäre. Grossverteiler wie Migros und Coop etwa bezahlen ihren Angestellten am Sonntag einen Zuschlag von 50 Prozent. Gerade Frauen würden zudem von einer flexibleren Arbeitszeit profitieren, da die Kinderbetreuung am Wochenende durch den Vater einfacher und ohne teure externe Lösung sichergestellt wäre. Schliesslich vermag auch der durch die Gewerkschaften vorgeschobene Schutz der Arbeitnehmenden nicht zu überzeugen. Tatsache ist, dass heute bereits in vielen Berufen Sonntagsarbeit geleistet wird. Auch das Medizinalpersonal, Chauffeure, Serviceangestellte und viele andere mehr arbeiten am Sonntag. Sagen wir deshalb am 27. November überzeugt Ja zu kundenfreundlichen und bedürfnisorientierten Ladenöffnungszeiten an Bahnhöfen und Flughäfen. ■

## Moderne Politik für moderne Menschen

Die Präsidentinnen der kantonalen und regionalen FDP-Frauengruppierungen haben am 3. Juni 2005 einstimmig die Ja-Parole für «Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs» beschlossen und gleichzeitig die Absicht bekräftigt, eine führende Rolle im bevorstehenden Abstimmungskampf zu übernehmen. Die FDP-Frauen Schweiz betrachten die Vorlage als ausgezeichnete Möglichkeit, die Bedürfnisse von erwerbstätigen Frauen – bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexible Arbeitszeitmodelle, günstige Rahmenbedingungen im Alltag – zu thematisieren. Getreu unserem Slogan «Moderne Politik für moderne Menschen» haben die FDP-Frauen den Beschluss gefasst, ein Komitee «Frauen für liberale Ladenöffnungszeiten» zu gründen. Bereits konnten die FDP-Frauen Bündnispartnerinnen aus den Reihen des Konsum-

mentinnen-Forums Schweiz, der Wirtschaftsfrauen Schweiz, der KMU-Frauen Schweiz, der Alliance F sowie der Liberalen Arbeitnehmerinnen gewinnen. Auch prominente Arbeitgeberinnen, Parlamentarierinnen und Regierungsrätinnen haben ihre Unterstützung zugesichert.

### Ja, ich will

Sagen auch Sie

- Ja zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Ja zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung,
- Ja zu günstigen Rahmenbedingungen im Alltag,

dann werden Sie Mitglied des Komitees «Frauen für liberale Ladenöffnungszeiten» unter Federführung der FDP-Frauen Schweiz und engagieren sich damit für eine moderne Gesellschaftspolitik. ■

### Beitrittserklärung zum Komitee

## «Frauen für liberale Ladenöffnungszeiten»

- Ja, ich möchte dem Komitee «Frauen für liberale Ladenöffnungszeiten» beitreten.
- Ja, ich möchte mich für die Abstimmung vom 27. November engagieren (z. B. indem ich einen Leserinnenbrief schreibe, an einer Standaktion mitmache, eine Veranstaltung organisiere usw.). Bitte schicken Sie mir Unterlagen und Kampagnenmaterial.
- Ja, ich interessiere mich für die FDP-Frauen Schweiz und wünsche nähere Informationen.
- Bitte vermitteln Sie mir einen Kontakt zur zuständigen kantonalen Frauengruppierung.

### Angaben zur Person:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Fax: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Politische Funktionen oder Mandate: \_\_\_\_\_

Mitglied der FDP/FDP-Frauengruppierung: \_\_\_\_\_

Mit Bitte um Rückmeldung an FDP-Frauen Schweiz, c/o Irene Thalmann, Eggirain 18, 8832 Wilen SZ, irene.thalmann@bluewin.ch

## Lena Schneller ist neue Präsidentin

### *jungfreisinnige schweiz unter neuer Führung*

**Lena Schneller wurde am ausserordentlichen Kongress vom 6. August in Bern zur neuen Präsidentin der jungfreisinnigen schweiz (jfs) gewählt. Im folgenden Bericht stellt sie sich und die Ziele ihrer Amtsführung vor.**

*Von Lena Schneller, Präsidentin jungfreisinnige schweiz, Zürich*

Jungparteien sollen in der Schweiz einen grösseren Stellenwert haben, so auch die Jungfreisinnigen. Es soll nicht darum gehen, sich gegen die FDP zu stellen, denn wir bekennen uns als Jungfreisinnige zum liberalen Gedankengut. Es ist aber wichtig, der Öffentlichkeit zu zeigen, dass eine neue Generation der FDP heranwächst. Und wir Jungfreisinnigen brauchen den Spielraum, die Politik unserer Zukunft zu gestalten. Als junger Mensch denkt man in einigen

Belangen unverfrorener, direkter, weiter, vielleicht auch noch unverfälschter. Daher ist es wichtig, dass wir als neue Generation der Liberalen unsere Anliegen in der politischen Arena einbringen und für unsere Ideale kämpfen.

#### **Klare Positionen**

Mein Ziel ist es, dass die Jungfreisinnigen als Partei mit klaren Positionen wahrgenommen werden, als eine Partei, welche die Politik und das Zeitgeschehen mitgestaltet. Wenn dies gelingt, werden in den kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Parlamenten bald mehr jungfreisinnige Vertreter zu finden sein.

Kurz zu meiner Person: Ich bin 27 Jahre alt und lebe in Zürich. Nach meiner Matura habe ich an der Universität Zürich und an der Humboldt-Universität in Berlin Rechtswissenschaften studiert. Nun arbeite ich bei einem Rechtsanwalt und möchte noch in diesem Jahr mit einer Doktorarbeit beginnen. Daneben bin ich seit meh-

renen Jahren in verschiedenen Gremien der Jungfreisinnigen und der FDP aktiv.

#### **jfs werden gehört**

Ich freue mich sehr auf diese neue Aufgabe und werde alles daran setzen, dass die Stimme der Jungfreisinnigen besser gehört wird, und zwar in den Medien, in der Bevölkerung, im Präsidium und der Geschäftsleitung der FDP Schweiz, aber auch an Delegiertenversammlungen, an den Sitzungen der Eidgenössischen Kinder- und Jugendkommission und an Sitzungen der Jungparteienkonferenz.

Für Anregungen, Fragen, Ideen und Kritik stehe ich gerne unter [lena.schneller@jungfreisinnige.ch](mailto:lena.schneller@jungfreisinnige.ch) zur Verfügung. Ich freue mich über jede Mail!

## Der neue jfs-Vorstand im Bild



**Lena Schneller**  
Präsidentin



**Véronique Monney**  
Vice-présidente



**Carl Duisberg**  
Vizepräsident



**Christa Markwalder  
Bär, Nationalrätin**



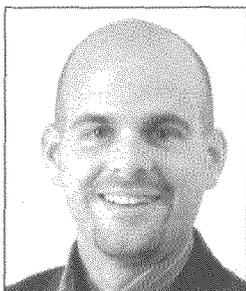
**Stefano Rizzi**  
Kassier



**Adrian Ineichen**  
International Officer



**Silvan Amberg**  
Mitglied



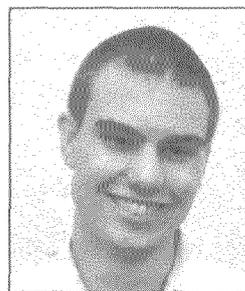
**Bernhard Bichsel**  
Mitglied



**Armin Camenzind**  
Mitglied



**Martin Kuhn**  
Mitglied



**Adrian Michel**  
Mitglied



**Simon Hofstetter**  
Generalsekretär

## jungfreisinnige schweiz bedauern die Verschleuderung des SNB-Goldes

Die jungfreisinnigen schweiz (jfs) sind enttäuscht über den Entscheid der Bundesratsparteien, bei einer Ablehnung der KOSA-Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV» die 7 Milliarden Bundesanteil aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes dem AHV-Fonds zuzuweisen. Mit diesem Entscheid wird nicht nur verhindert, dass das Geld langfristig für den Schuldenabbau der Schweiz eingesetzt wird, sondern er verhindert vor allem den dringend nötigen Diskurs über längst fällige nachhaltige Reformen unserer Sozialwerke.

Mit der Zuweisung der 7 Milliarden an den AHV-Ausgleichsfonds zugunsten des AHV-Fonds wird dem Volk vorgegaukelt, dass die Probleme der AHV damit gelöst seien. Die AHV ist mit diesem Geld überhaupt noch nicht saniert, vielmehr versickert das Geld im AHV-Fonds, ohne dass damit auch eine langfristige Sanierung einhergeht. Die jungfreisinnigen schweiz fordern endlich eine Sanierung der Sozialwerke, damit diese auch für unsere Generation noch tragfähig sind. Scheinlösungen können wir nicht unterstützen.

### Reine Symptombekämpfung

Wir sind auch erstaunt über die Tatsache, dass die Zuweisung an keine entsprechende Voraussetzung gekoppelt wurde. So hätte man beispielsweise die Zuweisung an die Bedingung der Trennung des AHV- und IV-Fonds mit gleichzeitiger nachhaltiger Revision knüpfen können. Fest steht für die jungfreisinnigen jedenfalls, dass eine solche Lösung höchstens als Symptombekämpfung tauglich ist, die Probleme aber nicht bei den Wurzeln angegangen werden. Ausserdem geht damit eine weitere Möglichkeit verloren, mit dem längst überfälligen

Schuldenabbau zu beginnen, anstatt die junge Generation mit leeren Versprechungen hinzuhalten.

### Reform der Invalidenversicherung nötig

Der Bundesanteil aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes muss aus unserer Sicht zwingend für den Schuldenabbau verwendet werden. Die jungfreisinnigen sprechen sich hier für die Erstellung eines Fonds aus, aus dessen Erträgen die Schulden abgebaut werden. Andere Lösungen widersprechen dem Generationenvertrag und verletzen diesen. Die jungfreisinnigen verlangen eine Reform der Invalidenversicherung, welche nicht nur die Symptome bekämpft, sondern die Ursachen. Zudem lehnen die jungfreisinnigen die KOSA-Initiative ab und werden sich aktiv in einem Abstimmungskampf gegen diese einsetzen. ■

## Geballte Energie am a. o. Kongress

### Neues Energie-Positionspapier verabschiedet

Von Bernhard Bichsel, Vorstandsmitglied jungfreisinnige schweiz, Arbeitsgruppenleiter Energie, Köniz BE

#### Unser energiepolitisches Leitbild

Die jfs fordern eine zukunftsgerichtete Energiepolitik. Der Weg dorthin führt über technische Innovationen und nicht über Verbote oder unnötige Vorschriften.

#### Klares Ja zur Kernkraft

Die jfs fordern den Bau eines weiteren KKW. Aus sicherheits- und umwelttechnischen (CO<sub>2</sub>-Problematik) Überlegungen kamen die jfs zu diesem Entschluss. Kern-

anlagen sollen nicht vorzeitig vom Stromnetz genommen werden. Zwingend notwendig ist ein nationales Endlager, dessen Standort nach wissenschaftlichen Kriterien ausgewählt wird.

#### Viel Inhalt!

Das Energiepapier enthält viele weitere brillante und aktuelle Forderungen. So zum Beispiel die Verdoppelung der Forschungsbeiträge bei erneuerbaren Energien, die Möglichkeit der Wiederaufbereitung von Brennstäben oder die Forderung nach einer Öffnung des Strommarktes. Wer mehr wissen will, findet weitere Informationen auf unserer Webseite [www.jungfreisinnige.ch](http://www.jungfreisinnige.ch). ■

## Kurz und bündig

### 75-Jahre-Jubiläum der jungfreisinnigen kanton bern (jfbe)

Die Jungfreisinnigen des Kantons Bern (jfbe) feierten am Wochenende vom 13./14. August in Biel ein gelungenes Geburtstagsfest. Während ehemalige Exponenten einen spannenden Blick in die Vergangenheit warfen, bewiesen zahlreiche neue Gesichter und einige Parteibeiträger am Jubiläum, dass die Jungfreisinnigen für die kommenden 75 Jahre gerüstet sind.

Der «Schweizer Jungfreisinn» gratuliert der jungen alten Dame und wünscht ihr für die nächsten 75 Jahre alles Gute!

### «Der liberale Beobachter berichtet...»

In der Berner Vorortsgemeinde Köniz steigt Bernhard Bichsel, Mitglied der Gemeindelegislative und Vorstandsmitglied der jfs, in die Kampfwahl um das Gemeindepräsidium. Er tritt gegen den amtierenden SP-Gemeindepräsidenten an.

Die FDP ging eher halbherzig an die Geschichte und konnte sich erst mit Anlaufschwierigkeiten für den jungfreisinnigen Kandidaten entscheiden. Die Unterstützung kam jetzt jedoch einstimmig zustande. Bravo, FDP Köniz! Schlimmer kam es bei der anderen «bürgerlichen» Kraft in der Gemeinde, der SVP. Sie beschloss Stimmfreigabe. Grund dafür sei eine «Angst vor Stimmenverlusten». Der «liberale Beobachter» verleiht deshalb der SVP Köniz den ehrenvollen Titel «Scheinbürgerliche des Monats»!

## «Freisinn»-Leserreise führte in einen neuen EU-Mitgliedstaat

Über 20 FDP-Mitglieder reisten mit NR Gerold Bühler nach Budapest

Die erste «Freisinn»-Leserreise führte eine gut gelaunte und interessierte Gruppe von über 20 Freisinnigen in die ungarische Hauptstadt Budapest. Unter der Führung des erfahrenen Reiseleiters Christoph Häfeli genossen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kultur und Geschichte von Budapest und konnten bei verschiedenen Anlässen ihren wirtschaftlichen und politischen Horizont erweitern.

Von Christoph Häfeli,  
Geschäftsführer «Creazione  
Viaggi» und Reiseleiter,  
Schönenwerd SO

Das Thema dieser Leserreise war der «neue EU-Staat Ungarn» und seine Hauptstadt Budapest. Über 20 Personen hatten sich für diesen viertägigen Streifzug durch Politik, Wirtschaft und Kultur angemeldet und wurden von FDP-Nationalrat Gerold Bühler begleitet. Die FDP-Reisegruppe war im altherwürdigen Grand Hotel Danubius auf der grünen Margarethen-Insel inmitten der Donau bestens untergebracht. Herr Zolt Szabo, Direktor für Bildung und internationale Beziehungen der Antall-Josef-Stiftung in Budapest betreute unsere Gruppe während den vier Tagen bestens und war auch für die Übersetzungen verantwortlich.

Eines der schönsten Gebäude Ungarns ist das riesige Parlamentsgebäude am Donau-Ufer, dem englischen Parlament nachempfunden. Bei der Besichtigung überraschten die grosszügigen Räume und die vielen künstlerischen Darstellungen der Epoche. Der Abgeordnete Imre Sisak, neben

seiner parlamentarischen Tätigkeit auch Bürgermeister einer Kleinstadt im Norden Ungarns, zeigte in einer längeren Diskussion auf, wie in Ungarn die Parlamentsarbeit vonstatten geht, wie die Parteistruktur aussieht und auf welche Art politisiert wird. Der Politologe Kiszelly beleuchtete die Geschichte Ungarns von der Donau-Monarchie bis zur heutigen Zeit.

### Lehrreicher Besuch in der Polizeiakademie

Gespannt waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf den Besuch in der Polizeiakademie, wo wir von General Magyar empfangen wurden. In einer beispielhaften Präsentation zeigte der General die Grenzsituation von Ungarn auf. Besondere Aufmerksamkeit fordern die künftigen EU-Aussengrenzen mit Serbien und der Ukraine. Acht Länder, darunter auch die Schweiz, sind Mitglieder der ungarischen Polizeiakademie. Untereinander findet dauernd ein Austausch von Polizeikräften statt.

Am Freitag hiess die Adresse nach dem erfrischenden Morgenbummel durch den Varsoliget-Park Schweizer Botschaft an der «Stefánia út». Botschafter Marc-André Salamin freute sich ganz offensichtlich über den Besuch aus der Schweiz. In seiner Einführung streifte er die Aufgabenbereiche in einer Botschaft, die Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn und kulturelle Aktivitäten. Sein Minister, R. Stücheli, referierte über Wirtschafts- und Handelsfragen und ging auch auf persönliche Anliegen unserer Teilnehmer ein.

In der Nähe des Opernhauses hat die Schweizerisch-Ungarische Handelskammer ihren Sitz. Die Direktorin der Handelskammer und ein



Die FDP-Reisegruppe in Budapest.

ungarischer EU-Parlamentarier konnten bestens auf Wirtschafts- und Handelsfragen unserer Gruppe eingehen. Es wurden auch konkrete Interessen an ungarischen Niederlassungen für Schweizer Firmen diskutiert. Mit vielen neuen Informationen konnten wir den interessanten Tag abschliessen.

Ein ganz anderer Schwerpunkt am Abend: ein Dinner im Restaurant Gundel. Hier wird hohe Kochkunst der Extraklasse zelebriert! Wir wurden aufs Beste mit feinen Weinen und einem erstklassigen Essen verwöhnt. Mit unseren geladenen Gästen aus Politik und Wirtschaft hatten wir reichlich Gesprächsstoff bis zu später Stunde.

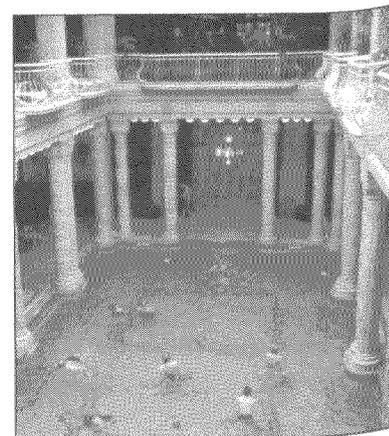
### Musik und Bad am Samstag

Am Samstag widmeten wir uns kulturellen Themen und dem gemütlichen Einkaufen in den wunderschönen Markthallen, wo es an nichts fehlte. Paprika, Gänseleber und Salami waren unsere Favoriten. Knapp 200 Meter von den Markthallen entfernt, aber auf der «Buda-Seite» der Donau, liegt das berühmte Thermalbad des Hotels Gellert. Eine fachkundige Führung zeigte uns die technischen Einrichtungen, die Badehallen und das Aussenbad. Baden gehört in Un-

garn, dank der vielen Thermalquellen, zur Volkskultur.

Der Abend war dann der Musik vorbehalten. Wolfgang Amadeus Mozarts «Don Giovanni» stand in der Nationaloper auf dem Programm. Am Sonntag führte uns Frau Szabo durch die geschichtsträchtige Zitadelle, leicht erhöht über der Donau gelegen, durch die Fischer-Bastei und am Schluss durch die eindrucksvolle Mathias-Kirche. Am frühen Abend mussten wir leider Ungarn bereits hinter uns lassen.

Einen herzlichen Dank an alle Referenten und Gäste, die mitgeholfen haben, dass diese Reise zu einem bereichernden Erlebnis wurde!



Das bekannte und beliebte Gellert-Thermalbad. Bilder: Ernst-Otto Kuster

## In der Schweiz allseits geschätzte Freizügigkeit

auch Politiker spannen sich oft vor ihn	königlicher EU-Staat seit 1973	Quattro Stagioni auf Tomatensauce	Stadt zwischen Loire und Cher	Stadt am Rheinknie ein Bein v. Toni Blair	ist noch kleiner als minimal	freizügiger schweizer-deutscher Wohnungswechsel	kam mit andern 2004 zur EU
ausser Dienst lehnten die EU Verf. ab		opferte die Lira d. EU Nickel in Münzen					oft monatliche Schuld
1						militärisch gekürzte Gamaschen	Umweltmesstechn. Sitzplatz. m. Gittern
							3
Schlagwort zum 25.9. europäische Norm		fliest und liegt i. Tirol Nikolaus der Dichter	2	Knappheit, Entbehrung kürzester Lacher	4		
schlägt auch das Trumpfpaß			Hüterin des EURO-Papiergeldes	meist kleines süßes Fruchtlein	Inselmitglied d. EU wirbt nun f. UNO-Sport		
Platz für Zirkusspiele	Mitteeuropäische Zeit spanischer Tisch		9	so ist alles biologisch 2. Hälfte der Maggia		Teil von Winterthur	
blüht auf europäischen Balkonen					Zoll- und Handelsabkommen von 1947		antike Siegesgöttin auf Turnschuhen
					6 	kam 2004 mit 38.6 Mio Einw. in die EU	ganz junger Inn Vorgängerin der CS
heißt jetzt Uskudar eh. Wirtsch. gem. schaft		11			alte Horse-Power drauf wie Blücher		ist wer nicht out ist medizin. Eierstock
		so stimmt auch Berlusconi zu	womit Hebräer ins ABC starten	grosse Sunda-Insel	Baustil mit dem Muschelwerk		10
Auto aus Schweden macht alt noch älter					nutzloses Geschwätz zeigt franz. Besitz an		8
							12
schnelles Fallbeil der frz. Revolution		lateinisch der Iberus würzt Genfer Suppen		wo Vreni Schneider Skifahren lernte	bleibt von Wunden Mundartabsage		das .... - meter misst den Luftdruck
mit diesem Einkommen muss man auskommen	kam 1986 zur EU Opus oder Operation					daran nagen welsche Hunde	Firma oder Kanton. Krimi-Ober-Inspektor
			13	singt in Verdis Troubadour			14
Autozeichen eines jungen EU-Mitgliedes		sozusagen die EU-Regierung					

Gewinnen Sie praktische und stilvolle Accessoires aus unserem FDP-Shop ([www.fdp.ch](http://www.fdp.ch))!

**1. Preis**  
ein FDP-Portefeuille für Ihre Wertsachen

**2. Preis**  
ein FDP-Schirm für das unvermeidliche Herbstwetter

**3. Preis**  
zwei FDP-Sicherheitswesten für unterwegs

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis Freitag, 16. September 2005 (A-Post-Stempel), eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort sowie Ihrem Namen und Ihrer Adresse an:  
Generalsekretariat FDP Schweiz  
«Freisinn»-Rätsel  
z. Hd. Herrn Nico Zila  
Postfach 6136  
3001 Bern  
[raetsel@fdp.ch](mailto:raetsel@fdp.ch)

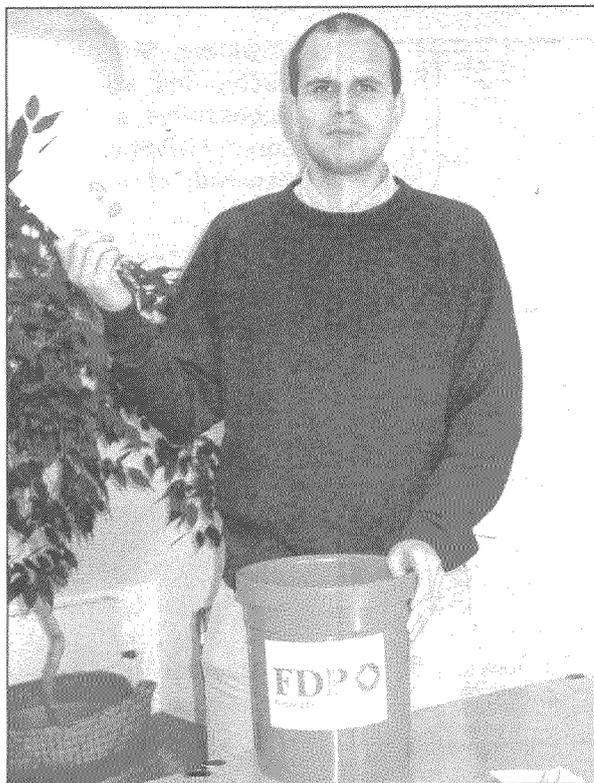
Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Auflösung des Rätsels aus der letzten «Freisinn»-Ausgabe finden Sie auf der folgenden Seite.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

## Die höchste Walliserin



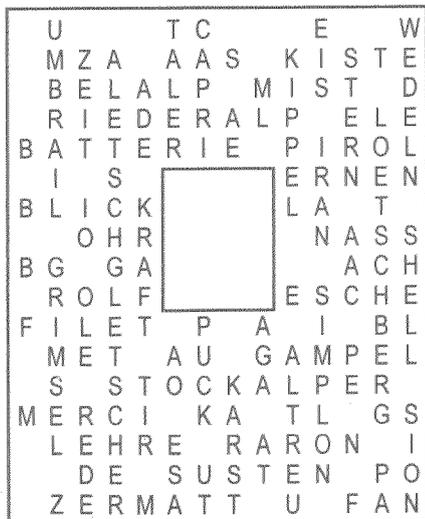
DUFOURSPITZE lautete das Lösungswort des Preisrätsels im «Freisinn» vom 13. Juli. 246 Leserinnen und Leser stellten ihre Wallis-Kenntnisse unter Beweis und liessen uns die richtige Lösung zukommen. Herzlichen Dank allen Teilnehmern!

Aus den Einsendungen zog Romain Ciivaz, Politischer Sekretär bei der FDP Schweiz und Walliser, die glücklichen Gewinner:

### 1. bis 3. Preis: jeweils eine FDP-Krawatte

Herrn Peter Engler, 7260 Davos Dorf GR  
Herrn Walter Spychiger-Aellig, 6274 Eschenbach LU  
Herrn Balz Vogt-Schnellmann, 8855 Wangen SZ

### Lösung aus dem «Freisinn» Nr. 6:



## Agenda

### Wichtige FDP-Termine

- 19. September bis 7. Oktober Herbstsession der eidgenössischen Räte
- 25. September Eidgenössische Abstimmung  
– Freier Personenverkehr mit der EU  
  
Abstimmungsfest in Bern (siehe Seite 13)
- 22. Oktober Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Yverdon-les-Bains (VD)
- 27. November Eidgenössische Abstimmung  
– Sonntagsverkauf in grossen Bahnhöfen  
– Gentechfrei-Initiative
- 28. November bis 16. Dezember Wintersession der eidgenössischen Räte

## FDP begrüsst neue Praktikantin



Seit dem 7. August arbeitet Regula Dütschler aus Salez SG als Praktikantin im Generalsekretariat. Sie hat vor kurzem ihr Studium der Politologie an der Universität Genf abgeschlossen und wird bis Ende September verschiedene Arbeiten für die FDP ausführen. Das Team des Generalsekretariats und der «Freisinn» wünschen Regula Dütschler eine gute und erfüllte Praktikumszeit.

## Schreiben Sie uns!

Sind Sie anderer Meinung als eine «Freisinn»-Autorin oder ein «Freisinn»-Autor? Brennt Ihnen ein aktuelles Thema unter den Nägeln? Schreiben Sie uns – wir geben Ihnen eine Plattform für Ihre Ideen.

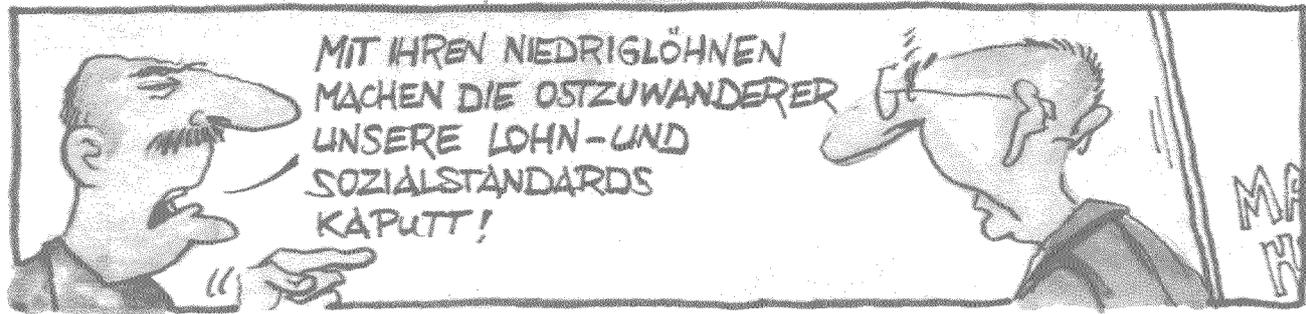
### Folgende Regeln gilt es zu beachten:

Es werden ausschliesslich Zuschriften von eingeschriebenen FDP-Mitgliedern publiziert. Je kürzer die Zuschriften, desto eher werden sie veröffentlicht. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Dabei besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung.

Bitte senden Sie Ihre Leserbriefe wenn immer möglich in elektronischer Form (per E-Mail oder auf Diskette).

### Leserbriefe einsenden an:

FDP Schweiz  
Redaktion «Schweizer Freisinn»  
z. Hd. Herrn Nico Zila  
Postfach 6136  
3001 Bern  
zila@fdp.ch



Karikatur: Andreas Töns

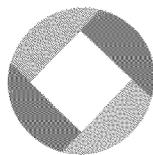
# Bilaterale: Chancen packen!

Die Schweizer Wirtschaft kann mit der Ausdehnung  
der Bilateralen Abkommen wachsen. Das sichert  
bestehende und schafft neue Arbeitsplätze. Dafür setzt  
sich die FDP ein.

# JA

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

zum bilateralen Weg  
am 25. September

**FDP** 

Freisinnig-Demokratische Partei